

## Die DR Kongo – ein Jahr nach den Wahlen

Vor einem Jahr fanden in der Demokratischen Republik Kongo die ersten demokratischen Wahlen statt. Die gleichzeitige EU-Präsidentschaft und den G8 Vorsitz Deutschlands nahm das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ) seinerzeit zum Anlass, in seinem Positionspapier auf notwendiges Engagement auf verschiedenen Gebieten der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Menschenrechtspolitik und vor allem auf einen nachhaltigen Politikansatz von Seiten der internationalen Gemeinschaft hinzuweisen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist Ende Juni zuende gegangen, im selben Monat hat das Treffen der G8-Staaten ebenfalls unter deutscher Präsidentschaft in Heiligendamm stattgefunden. Welche Bilanz lässt sich im Anschluss daran für die Demokratische Republik Kongo ziehen?

### Das Ökumenische Netz Zentralafrika spricht zur weiteren Stabilisierung der DR Kongo folgende Empfehlungen aus:

- Die Internationale Gemeinschaft muss den Prozess der politischen Konsolidierung der neugewählten kongolesischen Regierung langfristig begleiten.
- Die regionale Einbindung der DR Kongo ist von großer Dringlichkeit
  - o Die Protokolle der Abschlusskonferenz der Großen Seen Konferenz zu Frieden und Sicherheit sollten baldmöglichst von der kongolesischen Regierung ratifiziert werden.
  - o Der Joint Tripartite Plus Mechanismus muss erhalten bleiben und von der Internationalen Gemeinschaft unterstützt werden.
  - o In Zusammenarbeit mit der neugewählten Regierung sollte ein Organ, ähnlich dem CIAT<sup>1</sup>, zur Begleitung der neuen Regierung eingerichtet werden.
- Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit der DR Kongo und den anderen Ländern der Region sollte einem Rahmen aus *benchmarks* unterworfen werden, der Fortschritte in Rechtsstaatlichkeit, good governance und Menschenrechtsschutz überprüft.
- Die Reform des Sicherheitssektors ist von größter Dringlichkeit für eine Stabilisierung der DR Kongo.
  - o Die kongolesische Regierung muss die Umsetzung der Sicherheitssektorenreform gewährleisten.
  - o Die Internationale Gemeinschaft ist dazu aufgefordert diesen Prozess im Rahmen der bestehenden Mechanismen (MONUC, DDR) zu forcieren.
- Die Reform des Justizsystems ist dringend notwendig.
  - o In Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sind hierbei Elemente der *Transitional Justice* zu unterstützen.

<sup>1</sup> CIAT = Comité International d'Accompagnement de la Transition (Internationales Komitee zur Begleitung des Übergangs).

Dr. Karin Müller  
Koordinatorin

Ökumenisches Netz  
Zentralafrika  
Chausseestr. 128/129  
D-10115 Berlin

Ecumenical Network  
Central Africa

Réseau Oecuménique  
de l'Afrique Centrale

Telefon  
0049 [30] 4435 1989

Fax  
0049 [30] 44 35 19 86

e-Mail  
office@oenz.de

- Das Ende der Straflosigkeit ist eine wichtige Voraussetzung zur Konflikttransformation und zum Frieden in der Region.
- Die Unterstützung der Wahrheits- und Versöhnungskommission muss zukünftig prioritär behandelt werden.
- Zur Transformation der Kriegsökonomie in eine armutsbekämpfungorientierte Ökonomie sind folgende Schritte notwendig.
  - Einnahmen und Ausgaben aus dem Rohstoffabbau sollen anhand der Grundlagen von „publish what you pay, publish what you earn“ gestaltet werden.
  - Die Ratifizierung und Implementierung der Extractive Industries, Transparency Initiative (EITI) muss beschleunigt werden.
  - Die Überprüfung der bestehenden Verträge, wie sie durch den parlamentarischen Untersuchungsbericht analysiert wurden, müssen öffentlich gemacht werden. Folgerichtig müssen ungültige Verträge aufgelöst werden.
  - Das BMZ entwickelt einen geographischen Herkunftsnachweis für Rohstoffe. Dieses Zertifizierungsverfahren soll in Kooperation mit der Zivilgesellschaft umgesetzt und kontrolliert werden.
  - Internationale Instrumente zur verbindlichen Unternehmerverantwortung sollten von der Bundesregierung eingefordert werden.
- Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass das Mandat des DR Kongo Sonderberichterstatters des UN-Menschenrechtsrat erhalten bleibt.

## Aktuell

Nach zehn Jahren bewaffneter Auseinandersetzungen und eines „afrikanischen Weltkrieges“, der im Jahr 2003 endete, stellte die Übergangsphase eine neue Hoffnung für die Stabilisierung der Demokratischen Republik Kongo (DRK) dar. Am 6. Dezember 2006 trat Joseph Kabila, nach einem historischen Wahlvorgang, als erster demokratischer Präsident sein Amt an. Am 25. Februar 2007 stellte die Regierung ihr Programm vor. Handlungsbedarf wurde vor allem in den folgenden fünf Bereichen definiert: Verbesserung der Infrastruktur, Schaffung von Arbeitsplätzen, Reform des Bildungs- und Gesundheitssektors, Versorgung mit Wasser und Elektrizität. Die Verwirklichung dieser fünf Ziele soll in einem Gesamtprogramm erfolgen, das sich in fünf Achsen aufteilt: 1) Konsolidierung des Friedens und der Nation; 2) Konstruktion des Staates und Wiederherstellung seiner Autorität; 3) Wiederbelebung der Wirtschaft; 4) Bekämpfung der Armut und der sozialen Ungleichheiten; 5) Wiederherstellung der Familie und der moralischen Werte.

Als positives demokratieförderndes Element ist die Wahl des unabhängigen Kandidaten Kengo wa Dondo am 11. Mai 2007 zum Senatspräsidenten festzuhalten. Dadurch wird zumindest ein kleines Gegengewicht zur ohnehin dominierenden AMP (*Alliance de la Majorité Présidentielle*) geschaffen. Eine interministerielle Kommission wurde von dem Premierminister Antoine Gizenga gegründet, um die „gute Regierungsführung“ zu überwachen.

Im August trafen sich die Verteidigungsminister von Uganda, Ruanda, DRK und Burundi in Kigali, um über die Sicherheitslage in der Region, besonders die FDLR-Frage zu sprechen. Der Wille, die Probleme im Ostkongo gemeinsam zu lösen, wurde deklariert.

Die militärischen Auseinandersetzungen sind jedoch nach wie vor nicht beendet. In der westlichen Provinz Bas-Congo töteten Armee (*Forces Armées de la République Démocratique du Congo* - FARDC) und Polizei Ende Januar über 100 Demonstranten bei der Niederschlagung von Protesten gegen eine umstrittene Gouverneurswahl. In Kinshasa gab es im März massive militärische Auseinandersetzungen zwischen den Regierungstruppen und den Soldaten des ehemaligen Vize-Präsidenten und Oppositionsführers Jean Pierre Bemba. Dabei kamen 300 Menschen ums Leben. Jean-Pierre Bemba flüchtete nach Portugal und arbeitet seitdem aus dem Exil gegen Kabila. Dass die parlamentarische Opposition somit entscheidend geschwächt ist, muss als Rückschlag für die Demokratie gewertet werden. Bei einem Treffen mit dem EU- Kommissar Louis Michel am 13. Juli, versprach Bemba, die demokratischen Institutionen in der DRK zu respektieren.

Die kongolesische Bevölkerung leidet immer noch unter der andauernden Präsenz der bewaffneten ruandischen FDLR-Milizen in ihrem Land. Zudem kommt es in Nord-Kivu immer wieder zu Konfrontationen zwischen der FARDC und den Truppen des abtrünnigen Armeegeneral und Tutsi-Rebellenführers Laurent Nkunda. Weder die FARDC noch die UN-Truppe MONUC ist in der Lage, die Bevölkerung zu schützen, bzw. Konflikte zu verhindern. Kämpfe zwischen den Mai-Mai, den Banyamulenge und den FARDC setzen sich fort.

Die Anfang des Jahres zwischen den Vertretern von Kabila und Nkunda vereinbarte „mixage“ von regulären Regierungstruppen mit denen von Nkunda, um gemeinsam gegen die FDLR-Milizen im Ostkongo zu kämpfen, scheiterte. Eine tatsächliche Verischung der Truppen fand nicht statt, stattdessen bildeten sich mehrere nicht gemischte Brigaden unter Leitung von Offizieren beider Seiten. Nkunda forderte eine Neutralisierung der ruandischen Milizionäre. Seine Soldaten wurden beschuldigt Repressalien gegen die lokale Bevölkerung durchzuführen. Es kam zu schweren Kämpfen zwischen den „gemischten Truppen“ und der FDLR, sowie den bewaffneten lokalen Mai-Mai Gruppen im gesamten Gebiet von Rutshuru. Da Nkunda das Vorgehen der FARDC gegen die FDLR für zu schwach hielt, zog er sich aus der „mixage“ zurück, was schließlich zu Kämpfen mit der Regierungsarmee führte.

Der neue Krieg in Nordkivu hat über 163.000 Menschen in die Flucht getrieben. Alleine Nord-Kivu zählt nunmehr 750.000 Vertriebene bei rund fünf Millionen Einwohnern. Frauen werden immer wieder Opfer von bestialischer sexueller Gewalt. Die Rekrutierung von Kindersoldaten hat wieder zugenommen. Die Situation ist äußerst angespannt. Gerade auch weil die FDLR aufgrund des Chaos auf kongolesischer Seite ihre territoriale Kontrolle ausweiten konnte. Zugleich festigte Nkunda seine Kontrolle über die von ihm gehaltenen Gebiete. Das bedeutet eine weitere Schwächung der ohnehin rudimentären staatlichen Strukturen in der Region. Es wird vermutet, dass Nkunda von Ruanda unterstützt wird. Man geht davon aus, dass – sollte Nkunda ausgeschaltet werden – schnell ein Ersatz für ihn gefunden werden würde. Daher scheint eine militärische Lösung nicht der richtige Ansatz zu sein. Vielmehr besteht eine große Notwendigkeit des politischen Dialogs zwischen den Beteiligten Parteien der beiden Nachbarländer. Das Gerücht, dass die FARDC gemeinsam mit der FDLR gegen Nkunda vorgeht, verschärft die Sicherheitslage weiter. Sollte dies der Fall sein, könnte sich Ruanda ermutigt fühlen, Truppen zur Unterstützung von Nkunda und zum Schutz der Tutsi in den Kongo zu schicken. In ähnlicher Konstellation begann auch der letzte Krieg im Kongo.

Die Verstärkung der UNO Truppen in Nord-Kivu um 800 Soldaten auf nunmehr 4300 scheint die Lage nicht zu stabilisieren. Obwohl sich der Sicherheitsrat sich mit seiner Resolution vom 23. Juli 07 ausdrücklich für eine politische Lösung im Ostkongo ausspricht, unterstützt die MONUC die FARDC Truppen durch Bereitstellung ihrer Infrastruktur. Das Mandat der MONUC läuft derzeit noch bis zum 31.12.2007.

Die Bevölkerung, die große Hoffnung darauf gesetzt hat, dass eine demokratisch legitimierte Regierung Frieden und Stabilität bringt, zeigt sich mehr und mehr enttäuscht. Fortschritte werden immer dringender.

### **Hintergrund DR Kongo**

Die desolote Situation in der DR Kongo, vormals Zaire, lässt sich auf mehreren Ebenen verdeutlichen. Dreißig Jahre Diktatur und der sich anschließende Krieg hinterließen das Land in einem katastrophalen Zustand. Schätzungen zufolge starben 3,8 Millionen Menschen zwischen 1996 und 2003 an den Kriegsfolgen. Noch heute sind Milizen und die nationale Armee hauptverantwortlich für massive Menschenrechtsverletzungen und kriegsstrategische Vergewaltigungen.

Im letzten Jahr wurde im Kongo gewählt. Die Wahlen wurden weitgehend friedlich, transparent und frei durchgeführt. Nunmehr sind die Erwartungen der Bevölkerung enorm. Gewaltige und vielfältige Aufgaben erwarten die neue Regierung. Doch schwer wiegt die Vergangenheit auf den Schultern der Machthabenden. Sie stehen vor einem völlig maroden, korrupten und reformbedürftigen Staatsapparat, die Kassen sind leer und im Osten des Landes herrscht noch immer Krieg.

### **Begleitung des politischen Prozesses**

Ohne eine Einbeziehung der Nachbarstaaten, Ruanda, Burundi und Uganda wird langfristig auch kein stabiler Frieden im Kongo möglich sein. Deshalb muss die EU das bisherige Engagement in der Region verstärken und klare politische Signale setzen.

Die Regierungen der Region der großen Seen arbeiten in mehreren regionalen Organisationen und Vernetzungen. Gemeinsame Fragen sind hier, wie die Region stabilisiert werden kann. Die Konferenz zur Sicherheit und Frieden in der Region der großen Seen, bietet den Regierungen der Region und den internationalen Akteuren ein Forum, um gemeinsame Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich konfliktreicher Themen zu finden.

Am 17. Dezember 2007, unmittelbar nach der Regierungskonsolidierung in der DR Kongo, fand eine weitere Verhandlungsrunde der Großen Seen Konferenz statt. Die teilnehmenden Länder verabschiedeten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitsstrategie. Allerdings wurde dieses Abkommen bis zum heutigen Tag nicht von der kongolesischen Regierung ratifiziert. Auf eine möglichst baldige Ratifizierung ist hinzuwirken.

Die Joint Tripartite Plus Commission Gesprächsrunde, in der sich DR Kongo, Ruanda, Uganda und Burundi in regelmäßigen Treffen zusammenfinden, ist ebenfalls ein Forum für eine mögliche, deeskalative Konfliktprävention.

Mit Einsetzung der neuen Regierung endete die Übergangsperiode. Das Internationale Komitee zur Begleitung des Übergangs (CIAT) wurde damit automatisch aufgelöst. Interesse an einer Fortsetzung der Arbeit des CIAT besteht für die kongolesische Regierung leider

nicht. Das ÖNZ hält eine politische weitere Begleitung der kongolesischen Regierung aber für äußerst wichtig.<sup>2</sup>

Politischer Einfluss auf die Übergangsregierung kann derzeit vor allem über die internationale Gebergemeinschaft gewonnen werden. Unabdingbar ist dafür allerdings ein kohärentes Harmonisierungskonzept der Gebergemeinschaft und der EU. Konflikttransformation, Sicherheitssektorenreform, Justizaufbau, Polizeiausbildung sind hier prioritär zu verhandeln und sollten durch die Geber in einem Richtlinienansatz koordiniert werden. Das Ökumenisches Netz Zentralafrika<sup>3</sup> und das europäische Netzwerk EURAC haben dazu Richtlinienstudien (Benchmarking) vorgelegt, die sich auf der Grundlage von Menschenrechten und Konflikttransformation mit einer dynamischen, kohärenten Richtlinienarbeit zwischen Gebern und der Übergangsregierung in Kinshasa auseinandersetzt.

## Sicherheit

In Kinshasa kam es im März 2007 zu schweren Kämpfen in der Hauptstadt Kinshasa, bei denen 300 Menschen umkamen. Grund hierfür war, dass sich die Truppen Bembas, die sich noch in Kinshasa befanden, gegen eine Integration in die kongolesische Armee zur Wehr setzten. Nunmehr befindet sich Bemba im Exil. Die Sicherheit Bembas bei seiner Rückkehr muss von Seiten der Regierung garantiert werden.

Bisher ist es nur unzureichend gelungen, die Kämpfer einzelner Milizenverbände in eine nationale Armee zu integrieren. Die nationale Armee wird weder kontinuierlich noch ausreichend bezahlt. In Folge dessen ist das Interesse einzelner Kämpfer in der nationalen Armee zu verbleiben und für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen gering.

Die Reform des Sicherheitssektors ist bislang als unbefriedigend zu betrachten. Es muss dringend auf den Aufbau der nationalen Armee mit transparenter Besoldung und demokratischem Mandat gedrängt werden. Dazu sollte der DDR-Prozess<sup>4</sup> und der DDRRR Prozess<sup>5</sup>, der sich um kongolesische Kombattanten aber auch um die Rückführung ausländischer Kombattanten kümmert, forciert werden. Die Gemeinschaft, in die wiedereingegliedert werden soll, muss miteinbezogen werden. In den Konfliktgebieten der DR Kongo ist eine umfassende Zerstörung sozialer Netze festzustellen. Die Reintegration von Kombattanten in eine fragmentierte Gemeinschaft von Internen Vertriebenen (IDPs), die im Kongo mehr als 4 Millionen betragen, ist für die mittel-, und langfristige Stabilisierung nicht sinnvoll.

Die UN Blauhelmission MONUC muss weiterhin unterstützt werden, um die Sicherheit auch von Außen aufbauen und gewährleisten zu können. Um den Schmuggel von Rohstoffen und Kleinwaffen zu verhindern, ist eine Überwachung der Grenzen unabdingbar. Die Überwachung der Grenzen im Ostkongo ist jedoch eine Aufgabe, die technisch hochwertiges Gerät erfordert, das das derzeitige MONUC Kontingent nicht stellen kann. Schon 2003 hat der UN Sicherheitsrat ein Waffenembargo für den Osten der DR Kongo

<sup>2</sup> Ökumenisches Netz Zentralafrika appelliert: Den Kongo nicht vergessen. (Juli 2005).

[http://www.dialog-international.org/archiv/texte/oenz\\_juli05.pdf](http://www.dialog-international.org/archiv/texte/oenz_juli05.pdf)

<sup>3</sup> Frieden für die Region der großen Seen: Richtlinien in der Entwicklungszusammenarbeit.

Ökumenisches Netz Zentralafrika, Mai 2006. <http://www.oenz.de>.

<sup>4</sup> DDR = désarmement, démobilisation, réinsertion (Entwaffnung, Demobilisierung und Integration in die Gesellschaft).

<sup>5</sup> DDDRR = désarmement, démobilisation, démilitarisation, rapatriement, réinsertion (Entwaffnung, Demobilisierung, Entmilitarisierung, Zurückführung ins Heimatland, Wiedereingliederung in die Gesellschaft).

erlassen.<sup>6</sup> 2005 wurde das Embargo auf das gesamte Gebiet der DR Kongo ausgeweitet. Mit der Resolution vom August 2007 hat der Sicherheitsrat das Waffenembargo bis zum 15. Februar 2008 verlängert und nochmals darauf hingewiesen, dass die Verknüpfung zwischen der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Verbreitung von Waffen einer der Faktoren ist, die die Konflikte in der Region der Großen Seen Afrikas schüren und verschärfen.<sup>7</sup>

### **Straflosigkeit beenden – Milizenführer zur Verantwortung ziehen**

Der Konflikt, unter dem die Bevölkerung vor allem im Osten der DR Kongo zu leiden hat, ist komplex, die Akteure wechseln häufig. Dennoch können Hauptverantwortliche benannt werden. Der Sicherheitsrat hat eine Sanktionsliste veröffentlicht<sup>8</sup> in der Einzelpersonen genannt werden, die an Menschenrechtsverbrechen maßgeblich beteiligt waren und/oder Order zu solchen gaben. Erstaunlicherweise leben einzelne dieser Personen in Deutschland, in den Nachbarstaaten der DR Kongo und anderen Ländern und reisen mit verschiedenen Pässen. Es sollte im Sinne einer Stabilisierung der Region sein, diese Verantwortlichen festzusetzen und sie einem fairen Gerichtsverfahren zu unterstellen.

Initiativen, die die massive Bedrohung der Bevölkerung durch die FDLR und die Rebellen Nkundas beenden, sind dringlich. Das Vorgehen der Regierung gegen die Nkunda-Truppen mit Waffengewalt hat zu Flüchtlingsströmen und noch mehr Leid geführt. Hier ist die Internationale Gemeinschaft aufgerufen sich, mit Hilfe von MONUC aber auch durch Gespräche mit der Regierung in Kigali, Wege zu schaffen, um mit den Rebellen zu verhandeln und deren Kämpfer zu entwaffnen. Es müssen juristische Mittel gefunden werden, um FDLR Kämpfer, denen eine Beteiligung am Genozid in Ruanda vorgeworfen wird, einem fairen Gerichtsverfahren zu unterstellen. Für Rückkehrwillige ruandische FDLR Mitglieder und deren Angehörige sollten Integrationsmöglichkeiten in Ruanda angeboten werden. Die im Kongo verbleibenden, entwaffneten FDLR Mitglieder sollten in einen DDR Prozess integriert werden.

Nach Aussage des UN-Sonderberichterstatters zur Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, Leandro Despouy, befindet sich das Rechtssystem in der DR Kongo in einem alarmierenden Zustand.<sup>9</sup> Der unabhängige Experte zur Situation der Menschenrechte in der DR Kongo, Titinga Frederic Pacere, stellt in seinem Bericht fest, dass willkürliche Exekutionen, Vergewaltigungen, Folter und Straflosigkeit überall im Land gegenwärtig sind.<sup>10</sup>

Frieden kann sich in einem rechtlosen Zustand und einer Situation permanenter Konflikte nicht entwickeln. Gerechtigkeit braucht ein stabiles, friedliches Umfeld und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz. Die Gebergemeinschaft ist hier aufgerufen, mit der Zivilgesellschaft vor Ort und den staatlichen Institutionen Mechanismen der *Transitional Justice* umzusetzen.

Die Wahrheits-, und Versöhnungskommission in der DR Kongo war bislang kaum präsent. Gründe dafür sind die unzureichende Finanzierung und Ausstattung. Damit ist eine wichtige Chance vertan worden. So konnten Kriegsverbrecher wichtige Positionen im Militär und in

<sup>6</sup> Security Council resolution 1493 (2003).

<sup>7</sup> (S/RES/1771 (2007)). [http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_07/sr1771.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_07/sr1771.pdf)

<sup>8</sup> Liste der Personen, die laut Sicherheitsratsresolution 1596 (2005) unter Einzelsanktionen fallen. [http://www.un.org/Docs/sc/committees/DRC/1533\\_list.htm](http://www.un.org/Docs/sc/committees/DRC/1533_list.htm)

<sup>9</sup> <http://www.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/4session/A.HRC.4.25.Add.3.pdf>

<sup>10</sup> <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G07/110/06/PDF/G0711006.pdf?OpenElement>

der Politik übernehmen ohne Rechenschaft über ihre Vergangenheit abzugeben. Umso dringlicher ist es nun auf politischer Ebene die Arbeit der Kommission zu unterstützen

## Ressourcen

Die Möglichkeit von einer Gewalt-, zu einer Friedensökonomie in der DR Kongo zu gelangen sollte im Zentrum des Interesses der kongolesischen Regierung, der Nachbarländer und der internationalen Gemeinschaft stehen.<sup>11</sup>

Die Ausplünderung der Ressourcen durch Nachbarländer, internationale Konzerne und Mitglieder der Übergangsregierung ist in zahlreichen Berichten dokumentiert.<sup>12</sup> Die aktuelle Situation ist gekennzeichnet von Intransparenz, Korruption, Missachtung von Gesetzen und Missbrauch öffentlicher Gelder. Die Internationale Gemeinschaft muss ein Interesse daran haben den Staatshaushalt überprüfbar und den Missbrauch strafbar zu machen. Dies auch deswegen, da mehr als die Hälfte des kongolesischen Staatshaushalts von außen finanziert wird. Bleibt das Verschwinden von diesen Geldern ungeahndet, wird das Vertrauen in die internationale Gemeinschaft geschwächt. Hinzuwirken ist auf einen unabhängigen Überprüfungsmechanismus<sup>13</sup> und eine Stärkung der Zivilgesellschaft, um eine demokratische Haushaltsführung zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit dem Rohstoffsektor gibt es momentan einige Initiativen auf lokaler, regionaler, internationaler und deutscher Ebene, die wir vom ÖNZ als wichtig für die Entwicklung der DR Kongo ansehen.

### - EITI

Die Regierung der DR Kongo als Mitglied der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ist aufgefordert Transparenz der Finanzflüsse im Rohstoffsektor herzustellen. Deutschland setzt sich stark für die Förderung von EITI ein. Hier ließe sich ein Hebel für die Implementierung und Umsetzung der Transparenzforderungen in der DR Kongo ansetzen.

### - Mining Sector Review der Weltbank

Der Plan der Weltbank, eine großangelegte Studie zum Mienensektor in der DR Kongo durchzuführen, stellt sicherlich ein wichtiges Instrument dar, um Licht in die Vertrags-, und Besitzfrage der kongolesischen Ressourcen zu bringen. Wie allerdings am Beispiel der kongolesisch-parlamentarischen Initiative zur Aufarbeitung der Verträge durch eine Untersuchungskommission zu sehen war, reicht Recherche alleine nicht aus. Aus dem Lutundula Bericht haben sich niemals Konsequenzen für die Praxis der Übergangsregierung ergeben. Es ist offenkundig, dass es Einzelinteressen in der Übergangsregierung gab und in der neuen Regierung gibt, die an einem transparenten Umgang mit der kongolesischen Ressourcenökonomie kein Interesse haben. Umso notwendiger ist es, die lokalen und

<sup>11</sup> Das ÖNZ hat gemeinsam mit dem Forum Menschenrechte im Juni 2007 eine Studie unter dem Titel "Von der Gewalt- zur Friedensökonomie – Deutsche Unternehmen in der DR Kongo" herausgebracht, die über das ÖNZ bezogen werden kann.

<sup>12</sup> "Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of Congo," ed. United Nations Security Council (Security Council, 2003).; Human Rights Watch, "The Curse of Gold," (New York; Washington; London: Human Rights Watch, 2005).; Dominic Johnson and Aloys Tegera, "Digging Deeper: How the Dr Congo's Mining Policy Is Failing the Country," in *Regards Croisés*, ed. Pole Institute (Goma; DRC: Pole Institute, 2005). Weitere Berichte zur Ressourcenproblematik von Raid, Global Witness, Fatal Transaction. <http://www.globalwitness.org/>; <http://www.fataltransactions.org>.

<sup>13</sup> Z.B. APNAC, African Parliamentarian Network against Corruption (Kenia) oder die externe treuhändische Finanzüberwachung in Liberia.

nationalen Parlamente zu stärken und Rahmenbedingungen und einen nationalen Haushalt zu schaffen, die ein internes und unabhängiges Überprüfungssystem hervorbringen.

#### **- Überprüfung der Bergbauverträge**

Am 11. Juni begann die Revision der Bergbauverträge (ursprünglich schon für Mai 2007 vorgesehen) durch das Bergbauministerium. 63 Bergbauverträge sollen überprüft werden. Allgemeine Zielvorgabe ist, die kongolesische Bevölkerung an den enormen Bodenschätzen profitieren zu lassen. Dies ist erst einmal zu begrüßen. Von kongolesischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen wird aber kritisiert, dass es an Transparenz bei der Überprüfung mangle, dass die Standards nicht feststünden und dass der Zeitraum für die Überprüfung zu kurz bemessen sei. Zu Unrecht werden die Verträge der letzten Jahre nicht überprüft, darüber hinaus muss sich noch zeigen, ob die Kommission ernsthafte Vorschläge zu mehr Transparenz angesichts oftmals recht verworrener Eigentumsverhältnisse machen kann. Hinzu kommt, dass auf dem Areal zahlreicher, von Eigentümern aber derzeit nicht bewirtschafteten Minen ehemalige Arbeiter seit einigen Jahren auf eigene Faust Rohstoffe fördern. Eine rein juristische Klärung kann hier nicht zu einer Lösung führen.

#### **- Zertifizierungsverfahren für Mineralien und Erze, wie zum Beispiel Koltan (BMZ)**

Das BMZ untersucht die Möglichkeit von Zertifizierungsverfahren als Herkunftsnachweis von mineralischen Rohstoffen. Die von der BGR ausgeführten Studie, die anhand eines mineralischen Fingerabdrucks die geographische Herkunft der Rohstoffe nachweisbar machen soll, wurde schon seit Jahren von verschiedenen Seiten in die Diskussion eingebracht, aber erst im Bericht der Expertengruppe des VN Sicherheitsrates (Juli 2006) als Möglichkeit für die Überprüfbarkeit vorgeschlagen. Die konsequente Zertifizierung erscheint derzeit daher als eine vielversprechende Methode, der anhaltenden Gewaltökonomie im Kontext der Rohstoffe einen Riegel vorzuschieben und eine Umwandlung in eine Friedensökonomie mit wertschöpfenden Investitionen im Verbund zwischen Regierung, lokalen NROs und den beteiligten internationalen Akteuren zu initiieren. Hier ist die Harmonisierung aller Geber und eine intensive Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort und international von größter Wichtigkeit. Die Umsetzung der Zertifizierung und die Verwendung der durch den Rohstoffexport gewonnenen finanziellen Ressourcen für die Armutsbekämpfung macht eine enge Zusammenarbeit notwendig.

Berlin, 29. Oktober 2007